

Und sie bewegt sich doch?

Zur bildungspolitischen Diskussion in der ÖVP

Während Anfang der Woche ÖAAB- Chef Michael Spindelegger bei der Präsentation seines Bildungskonzepts eine „Einheitsschule“ als „falsch“ bezeichnet hat, ließ am Donnerstag Wissenschaftsministerin Karl (ÖVP) mit der Aussage aufhorchen, dass sie sich durchaus eine Diskussion in Richtung eines „Gymnasiums für alle“ vorstellen kann. Am Ende solle „die beste einheitliche Schule für alle Zehn- bis 14- Jährigen herauskommen“.

Während Parteichef und Finanzminister Pröll noch von einer Privatmeinung spricht, obwohl auch ihm bekannt sein müsste, dass maßgebliche Vereinigungen und Landesorganisationen in der ÖVP eine Reform in Richtung einer „Gemeinsamen Schule“ für überfällig halten, spricht Landesrat Stemer von einer konsequenten Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule.

Wie ernst die Diskussion in der ÖVP zu nehmen ist, wird sich noch zeigen. Können sich die konstruktiven Kräfte, die einer Reform des Schulsystems offen gegenüberstehen innerhalb der Partei durchsetzen? Wir können ÖVP-Obmann Pröll nur empfehlen, sich endlich von reaktionären Figuren wie Neugebauer, Scholik und Riegler zu emanzipieren. Das wäre nicht nur für ihn eine Erleichterung, sondern für ganz Österreich.

Österreich ist eines der letzten Länder mit einer derart frühen Bildungslaufbahn-Entscheidung (mit 9 Jahren!). Die „Differenzierung“ in 3 Klassen (ASO, Hauptschule, Gymnasium) ist eine beliebige und pauschale Einteilung und wird den Kindern mit ihren unterschiedlichen Begabungen, Defiziten und Handicaps in keiner Weise gerecht. Dies ist schon altbekannt, doch bislang ohne Konsequenzen.

Eine „Gemeinsame Schule“ setzt voraus:

- Wir brauchen fachlich und pädagogisch versierte LehrerInnen, die weltoffen, kritisch, wissenschaftlich fundiert und pädagogisch-engagiert unterrichten. Das kann nur eine fundierte, **universitäre** Ausbildung für **alle** PädagogInnen bedeuten!
- Wir brauchen ein **einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht** auf L1-Niveau für alle LehrerInnen (ohne Verluste in der Lebensverdienstsumme).

Erst dann kann eine „Gemeinsame Schule“ gelingen!

Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG) und Vorarlberger LehrerInneninitiative (VLI) unterstützen ausdrücklich die Ideen von Wissenschaftsministerin Karl und fordern eine offene, aber konkrete Diskussion – ohne direktiven Einfluss der Parteisekretariate - über eine grundlegende Reform des österreichischen Schulsystems!

Gerhard Rüdisser, Obmann Unabhängige Bildungsgewerkschaft UBG

Rückfragehinweis: Gerhard Rüdisser, gerhard.ruedisser@vol.at , Telefon: 0664/2116192

Manfred Sparr, Obmann der Vorarlberger LehrerInneninitiative VLI

Rückfragehinweis: Manfred Sparr, manfred.sparr@utanet.at , Telefon: 0664/45262357